

## Inhalt

**2 Baugesetzbuch:** Das Bundeskabinett hat im Zuge der Umsetzung des zweiten Teils der Gesetzesnovelle beschlossen, die Innenentwicklung der Städte zu stärken.

**3 Mietrechtsnovelle:** Die Spitzenverbände der Immobilienwirtschaft haben dem Bundesrat im Vorfeld seiner Beratungen empfohlen, der Linie der Bundesregierung zu folgen.

**4 Klimaschutz 2.0:** Berlins Umweltsenator Michael Müller und vier Berliner Wohnungsunternehmen haben ein „Klimaschutzabkommen der zweiten Generation“ unterzeichnet.

## Internationaler Tag der Genossenschaften: Soziales und wirtschaftliches Vorzeigemodell

Berlin – „Hohe Wohnsicherheit, günstige Mieten und stabile Nachbarschaften machen das genossenschaftliche Wohnen für Viele überaus attraktiv“ – so die lobenden Worte von Bundesbauminister Dr. Peter Ramsauer zu dem unternehmerischen Erfolgsmodell anlässlich des Internationalen Genossenschaftsjahres 2012 der Vereinten Nationen. „Als Mieter und Anteilseigner engagieren sich die Mitglieder für die Erhaltung und nachhaltige Modernisierung ihrer Wohnungsbestände. Sie pflegen das Wohnumfeld, die Gemeinschaft und sorgen für Unterstützung auch im Alter.“



Foto: Petra Lips

Für die Allermutigsten: Houserunning beim „Tag der Stubenhocker“ in Hannover.

Wohnungsgenossenschaften seien oftmals Vorreiter, wenn es um praktische Lösungen für gesellschaftliche Aufgaben wie den Klimaschutz oder die demografische Entwicklung gehe, so Ramsauer. Dies zeigte sich auch am Internationalen Tag der Genossenschaften, der am 7. Juli 2012 in ganz Deutschland gefeiert wurde. Weltweit kommt den Genossenschaften eine enorme wirtschaftliche Bedeutung zu: Mehr als 100 Millionen Menschen weltweit

arbeiten bei einer Genossenschaft – das sind mehr Mitarbeiter als die Angestellten aller multinationalen Konzerne zusammen. Die 300 größten Genossenschaften der Welt sind zusammen 1,6 Billionen US-Dollar wert und bilden damit gemeinsam die neuntgrößte Wirtschaftsmacht der Erde. In Deutschland vereinen die 7.500 Genossenschaften 20 Millionen Mitglieder, bieten 800.000 Menschen Arbeitsplätze und

Weiter auf Seite 2 ➡

## Aktuelle Meldungen

### Baupreisindex für Wohngebäude gestiegen

Der Preisindex für den Neubau konventionell gefertigter Wohngebäude in Deutschland ist im Mai 2012 gegenüber Mai 2011 um 2,7 Prozent gestiegen. Wie das Statistische Bundesamt weiter mitteilte, erhöhte sich der Preisindex von Februar 2012 auf Mai 2012 um 0,6 Prozent. (wi)

### 9,95 Millionen Euro für die Bauforschung

Für den Förderschwerpunkt „Zukunft Bau“ sind im Etat des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung in diesem Jahr 9,95 Millionen Euro eingestellt. Dies erklärte die Bundesregierung in ihrer Antwort (17/9896) auf eine Kleine Anfrage der SPD-Fraktion (17/9788) zur Bauforschung des Bundes. Im Bundeswirtschaftsministerium stehen in diesem Jahr 19,5 Millionen Euro für das Förderprogramm „Energieoptimiertes Bauen“ bereit. Eine vollständige, umfassende Übersicht über alle im Bereich der Bauforschung geförderten Stellen gebe es jedoch nicht. (wi)

### Jede fünfte Person lebt allein

Im Jahr 2011 gab es in Deutschland rund 15,9 Millionen Alleinlebende. Bezogen auf alle Personen in Privathaushalten – am Hauptwohnsitz – waren das 20 Prozent der Bevölkerung. Wie das Statistische Bundesamt auf Basis der Ergebnisse des Mikrozensus 2011 mitteilte, ist die Alleinlebendenquote damit seit 1991 um sechs Prozentpunkte gestiegen. (wi)

➔ Fortsetzung von Seite 1

zusätzlich 35.000 Ausbildungsplätze. Rund fünf Millionen Menschen in Deutschland leben bei Wohnungsgenossenschaften. Den 2,8 Millionen Mitgliedern kommt insbesondere das genossenschaftliche Dauernutzungsrecht zu Gute – außerdem haben sie Mitspracherechte rund um das genossenschaftliche Leben.

Am Genossenschaftstag engagierten sich auch dieses Jahr wieder Wohnungsgenossenschaften in ganz Deutschland mit zahlreichen Veranstaltungen: Unter dem Motto „Stubenhocker“ lockte beispielsweise in Hannover ein Straßenfest mit Musik, Aktionen und Unterhaltung rund um die Marktkirche. In Wilhelmshaven wurde im Störtebeker-Park gefeiert, nebenbei konnten sich die Besucher über die genossenschaftliche Idee und die Aktivitäten der Wilhelms-

havener Genossenschaften informieren. Ein Familienfest mit Informationsständen, einem Geschicklichkeitsparcours, Kinder-

schminken, Mal- und Bastelangeboten gab es in den Schweriner Höfen in der Innenstadt. (schilburk) ■

Der GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen als Spitzenorganisation der Wohnungsgenossenschaften in Deutschland hat anlässlich des Genossenschaftstages 2012 den zweiten Teil der Publikationsreihe *GdW kompakt* veröffentlicht. Das Heft, das auf [www.gdw.de](http://www.gdw.de) in elektronischer Form verfügbar ist, gibt einen anschaulichen Überblick über die vielfältigen Aktionen zum 7. Juli, enthält Grußworte von Bundesministern und namhaften Persönlichkeiten aus der weltweiten Genossenschaftsorganisation sowie hilfreiche Tipps, Links und Infos rund um das Thema Genossenschaften.

Hier geht's direkt zum GdW kompakt – einfach QR-Code mit dem Smartphone einscannen und durch die Ausgabe blättern!



## Zweiter Teil der Baugesetzbuchnovelle im Bundeskabinett: GdW begrüßt geplante Stärkung der Innenentwicklung der Städte

**Berlin – „Mit dem heute verabschiedeten Gesetzentwurf stärkt die Bundesregierung den Klimaschutz und die Innenentwicklung im Bauplanungsrecht“, erklärte Axel Gedaschko, Präsident des GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen anlässlich des Kabinettsbeschlusses zum zweiten Teil der Baugesetzbuchnovelle am 4. Juli 2012. Zur Beschleunigung der Energiewende war der energie- und klimapolitische Teil der Bauplanungsrechtsnovelle vorgezogen und bereits vor einem Jahr beschlossen worden. Ziel des nun vorgelegten Gesetzes ist es, in einem zweiten Schritt die Innenentwicklung der Städte zu stärken und die Baunutzungsverordnung daran anzupassen.**

Das Gesetz sieht unter anderem vor, Spielhallen in Städten stärker zu regulieren und die Einrichtung von Kindergärten in Wohngebieten zu erleichtern. Zudem sollen die Kommunen mehr Möglichkeiten erhalten, die Entwicklung im Außenbereich planerisch zu regeln – zum Beispiel die Umnutzung landwirtschaftlicher Gebäude. Darüber hinaus soll die Flächeninanspruchnahme im Außenbereich gedämpft werden. „Wir begrüßen die Zielrichtung des Gesetzes ausdrücklich“, erklärte GdW-Präsident **Axel Gedaschko**.

Er wies jedoch darauf hin, dass der Vorrang der Innenentwicklung nicht dazu führen dürfe, dass Bauland verknappt werde und dadurch Grundstückspreise und Mieten steigen. „In Wachstumsregionen wäre ohne zusätzlichen Flächenausweis für den Wohnungsbau, der in zentralen urbanen Kernen nur in sehr begrenztem Maße stattfinden kann, künftig nur noch Luxuswohnen möglich. Daher ist aus sozialpolitischen Gründen in Wachstumsregionen eine weitere Flächeninanspruchnahme unerlässlich“, so Gedaschko. Das Städtebaurecht müsse an dieser Stelle flexibel bleiben und für alle Städte und Gemeinden geeignete Maßstäbe für die Bauleitplanung bereit hal-

ten. „Im Gegensatz zu den Wachstumsregionen muss die Flächeninanspruchnahme in Schrumpfungsregionen allerdings weitgehend zum Stillstand gebracht werden“, so der GdW-Präsident. Der vorliegende Gesetzentwurf müsse dieser notwendigen Flexibilität Rechnung tragen.

Gedaschko forderte, Erleichterungen für die artenschutzrechtliche Prüfung für Bauvorhaben im Geltungsbereich eines Bebauungsplanes in bebauten Ortsteilen einzuführen. Eine solche Regelung war im ursprünglichen Entwurf vom 12. September 2011 noch vorgesehen gewesen.

Insgesamt können die geplanten neuen gesetzlichen Regelungen nur dann eine Anreizwirkung für wohnungswirtschaftliche Investitionen entfalten, wenn sie mit entsprechender Förderung hinterlegt sind. Vor dem Hintergrund des städtebaulichen Sanierungsstaus in den Kommunen und des notwendigen Beitrags des Städtebaus zur Energiewende und zum Klimaschutz fordert der GdW, dass die Bundesregierung die Städtebauförderung als problemadäquates Investitions-Anreizprogramm den Erfordernissen gemäß finanziell ausstattet.

„Die Bundesregierung wird mit dem vorgelegten Gesetzentwurf die Funktionsfähigkeit der gewachsenen Ortskerne und Stadtzentren festigen und stärken. Dieses Ziel unterstützen wir ausdrücklich“, erklärten der baupolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Dirk Fischer**, und deren kommunalpolitischer Sprecher, **Peter Götz**. Die unionsgeführte Bundesregierung setze damit ihren politischen Kurs fort, die Kommunen in ihrer Verantwortung und in ihren Gestaltungsmöglichkeiten insgesamt zu stärken. „Es gilt, die Urbanität und Attraktivität von Städten und Gemeinden auch künftig zu wahren und teilweise auch wiederherzustellen“, so Fischer und Götz.

„Vor allem die Kommunen warten schon lange auf eine Anpassung des Bauplanungsrechts, um auf demografische Entwicklungen, energiepolitische Erfordernisse und Trends in der Stadtentwicklung reagieren zu können“, kritisierte der zuständige Berichterstatter der SPD-Bundestagsfraktion, **Hans-Joachim Hacker**. „Der Schutz des Außenbereichs, die Begrenzung der Flächeninanspruchnahme, die notwendige Verdichtung in den Städten, Maßnahmen gegen Schrottimmobilen und gegen die Verödung der Innenstädte sind notwendig und wichtig.“ (burk) ■

## Mietrecht: BSI empfiehlt Bundesrat, Linie der Regierung zu folgen

Berlin – „Bundesländer, Bundesregierung, Mieter und Vermieter müssen beim Klimaschutz an einem Strang ziehen. Insofern gehen wir davon aus, dass der Bundesrat sich seiner Verantwortung bewusst ist und in seiner Stellungnahme auf die grundsätzliche Linie der Bundesregierung einschwenkt“, erklärte Walter Rasch, Vorsitzender der Bundesvereinigung Spitzenverbände der Immobilienwirtschaft (BSI) und Präsident des Bundesverbandes Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen (BFW), im Vorfeld der Beratungen des Bundesrates zur Mietrechts-Novelle am 5. Juli 2012.

Die beratenden Ausschüsse – mit Ausnahme des Umwelt- und Wirtschaftsausschusses – hatten dem Bundesrat eine kritische Stellungnahme zum Thema Mietrechtsänderungsgesetz empfohlen. Die Kritik der Ausschüsse zielt unter anderem auf den von der Bundesregierung im Gesetzentwurf geregelten Ausschluss der Mietminderung bei energetischer Modernisierung. „Die Energiewende im Gebäudebestand ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, bei der Wohnungsunternehmen und Privatvermieter in Vorleistung treten und das wirtschaft-

liche Risiko tragen. Insofern müssen auch die Mieter an dieser Zielsetzung beteiligt werden und ihren Beitrag leisten“, so Rasch.

Ein weiterer Kritikpunkt der Ausschüsse ist die Umlagefähigkeit der Kosten für energetische Modernisierung. Sie schlagen vor, dass künftig nur noch neun statt bisher 11 Prozent auf die Mieter umlegbar sein sollen. „Eine gesetzliche Senkung wäre ein negatives Signal an alle Vermieter und hätte fatale Auswirkungen auf die allgemeine Bereitschaft der Eigentümer, in die

Energiewende zu investieren“, sagte der BSI-Vorsitzende.

Auch beim Thema Mieterhöhungsmöglichkeiten auf ortsübliche Vergleichsmieten (§ 558 Bürgerliches Gesetzbuch/BGB) wollen die Ausschüsse Änderungen: Statt wie bisher 20 Prozent in drei Jahren sollen es künftig 15 Prozent in vier Jahren sein. Auch dies hätte aus Sicht der BSI fatale Folgen, da der Vermieter dann unter anderem nicht mehr die für Investitionen erforderlichen Rücklagen bilden kann.“ (vog) ■

## Positionen der deutschen Wohnungswirtschaft zur aktuellen Mietrechtsreform

### KOMMENTAR



**Axel Gedaschko**  
Präsident des GdW

Energieeinsparung sowie die Verminderung der CO<sub>2</sub>-Emissionen zum Zwecke des Klimaschutzes gehören zu den wichtigsten Aufgaben der Zukunft. Bis zum Jahr 2050 soll der Primärenergiebedarf um 80 Prozent vermindert werden. Dem Gebäudebereich – insbesondere im Bestand – kommt hierbei eine zentrale Bedeutung zu. Über die Hälfte der rund 40 Millionen Wohnungen in Deutschland sind Mietwohnungen. Neben staatlichen Fördermaßnahmen und steuerlichen Vergünstigen kann auch das Mietrecht einen unterstützenden Beitrag zur Energiewende leisten. Daher begrüßen wir ausdrücklich, dass die Bundesregierung die Mietrechtsreform endlich anpackt. Wir wollen ein ausgewogenes Mietrecht. Klar ist aber auch: Ohne die Wohnungswirtschaft und private Vermieter wird die Bundesregierung ihre eigenen Zielvorgaben nicht erreichen. Die zentralen Positionen des GdW zur aktuellen Mietrechtsreform sind:

### 1. Ohne die Wohnungswirtschaft und den privaten Vermieter wird die Energiewende im Gebäudebereich nicht gelingen.

Es sind die Wohnungswirtschaft und die privaten Vermieter, die in finanzielle Vor-

leistung treten, das wirtschaftliche Risiko tragen und den bürokratischen Aufwand leisten müssen. Daher muss sich die weitere Diskussion zur Mietrechtsreform daran messen lassen, ob sie Wohnungswirtschaft und private Vermieter durch einfache gesetzliche Anreize unterstützt und praxistaugliche Vorgaben schafft. Der aktuelle Entwurf unternimmt den Versuch, dem Vermieter die energetische Modernisierung im Rahmen des „klassischen Mietrechts“ zu erleichtern. Die Wohnungswirtschaft und der private Vermieter sollen eine Aufgabe erfüllen, die in unser aller Interesse ist. Die im Gesetzentwurf vorgeschlagenen Regelungen stellen jedoch nur ein Mindestmaß dessen dar, was die Vermieter dringend benötigen, um einen Beitrag zum Klimaschutz bei der Gebäudesanierung zu leisten.

### 2. Mietrechtsreform einfach und praxisgerecht durchführbar machen.

Das Mietrecht kann einen wichtigen Beitrag bei der energetischen Modernisierung leisten. Die energetische Sanierung muss unter Beachtung eines ausgewogenen Mietrechts für Wohnungswirtschaft und private Vermieter einfach und praxisgerecht durchführbar sein. Der aktuelle Entwurf sieht vor, dass der Mieter den Beginn einer Modernisierungsmaßnahme nicht unter Hinweis auf eine unzumutbare Härte verhindern kann. Damit gewinnt der Vermieter Planungssicherheit. Der Einwand der unzumutbaren finanziellen Härte ist aber bei der Frage der Modernisierungsumlage zu berücksichtigen.

### 3. Minderungsausschluss – Neuregelungen im Mietrecht weniger streitanfällig gestalten.

Das Mietrecht als Dauerschuldverhältnis lebt von einem auf gegenseitigem Vertrauen beruhenden Verhältnis zwischen Vermieter und Mieter. Streitanfällige Regelungen freuen Anwälte, aber nicht Vermieter und Mieter. Der aktuelle Entwurf sieht beim Minderungsausschluss eine potenziell streitanfällige Regelung vor. Aus Sicht des GdW muss der Minderungsausschluss in all den Fällen greifen, in denen Maßnahmen an oder in der Wohnung mit einer energetischen Modernisierung verbunden werden.

### 4. Keine neuen und unnötigen bürokratischen Hürden beim Contracting schaffen.

Die Umstellung der Eigenversorgung des Gebäudes auf eine gewerbliche Wärmeversorgung – das so genannte Contracting – leistet einen Beitrag zum Klimaschutz. Aufgrund der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes ist für Mietverhältnisse, die seit März 1989 geschlossen worden sind, die Umstellung unkompliziert möglich. Eine Regelung bedürfte es höchstens für ältere Verträge, die vor März 1989 abgeschlossen worden sind. Der aktuelle Entwurf sieht eine wesentlich kompliziertere und streitanfällige Neuregelung vor. Daher ist hier mit einem flächendeckenden Rückgang von Wärme-Contracting zu rechnen. Dies konterkariert geradezu die Absicht der Bundesregierung, mit dieser Neuregelung eine Verbesserung der Energieeffizienz zu ermöglichen.



## Klimaschutz 2.0: Land Berlin und Wohnungswirtschaft setzen Klimaschutzpartnerschaft fort

**Berlin – Am 9. Juli 2012 haben Berlins Umweltsenator Michael Müller und die Geschäftsführungen der Wohnungsunternehmen degewo, GEWOBA, STADT UND LAND sowie WBM das „Klimaschutzabkommen der zweiten Generation“ unterzeichnet. Die Geschäftsführungen übergaben der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt aus diesem Anlass ein symbolisches „Klimaschutz-Ausrufezeichen“: ein mit ihren Klimaschutzzusagen gefülltes Sparschwein.**

Die Vereinbarungen definieren einen durchschnittlichen unternehmensspezifischen Zielwert je Wohnung, auf den die jährlichen durchschnittlichen CO<sub>2</sub>-Emissionen bis zum Jahr 2020 abgesenkt werden sollen. Das jeweilige Unternehmen kann auf Grundlage des Abkommens selbst entscheiden, mit welchen Maßnahmen es dieses Ziel erreicht.

Mit den heutigen Unterschriften haben jetzt alle sechs städtischen Wohnungsunternehmen „Klimaschutzabkommen der zweiten Generation“ unterzeichnet: HOWOGE und GESOBAU hatten ihre Vereinbarungen bereits im November 2011 auf den Weg gebracht. Abgeschlossen wurden diese freiwilligen Vereinbarungen auf Grundlage eines Rahmenabkommens, das im September 2011 zwischen dem Land Berlin und dem Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen (BBU) abgeschlossen wurde. Dabei handelt es sich um ein Anschlussabkommen für eine 2010 ausgelaufene erste Vereinbarung, auf deren Grundlage noch absolute Einsparungsziele festgeschrieben worden waren.

### Die Ziele: Durchschnittlich 1,32 Tonnen pro Wohnung

Mit den Klimaschutzabkommen wird festgelegt, dass die durchschnittlichen CO<sub>2</sub>-Emissionen je Wohnung im Jahr 2020 bei der **degewo** 1,33 Tonnen, bei der **GEWOBA** 1,39 Tonnen, bei der **GESOBAU** 1,38 Tonnen, bei der **HOWOGE** 1,12 Tonnen, bei der **STADT UND LAND** 1,5 Tonnen und bei der **WBM** 1,22 Tonnen nicht übersteigen sollen. Derzeit liegen die durchschnittlichen CO<sub>2</sub>-Emissionen je Wohnung bei den sechs Wohnungsunternehmen insgesamt noch bei 1,8 Tonnen pro Jahr. Demnach soll der CO<sub>2</sub>-Ausstoß in den nächsten Jahren um nochmals rund ein Viertel sinken. Zum Vergleich: Im Gesamtberliner Durchschnitt emittiert eine Wohnung rund drei Tonnen CO<sub>2</sub> pro Jahr.

### Wegweisende Klimaschutzpolitik

Die „Klimaschutzvereinbarungen der zweiten Generation“ könnten wegweisend auch für das übrige Bundesgebiet sein. „Als erstes Bundesland definiert Berlin mit diesen Abkommen CO<sub>2</sub>-Emissionsstandards für den Wohnungsbestand“, erklärte Umweltsenator **Michael Müller**.



Foto: Ines Meier

„Schwein haben“: Gleich zwei davon übergaben BBU-Vorstandsmitglied Maren Kern (2. v. l.) und Vertreter der städtischen Wohnungsunternehmen anlässlich der Unterzeichnung weiterer Klimaschutzvereinbarungen an Berlins Umwelt- und Stadtentwicklungssenator Michael Müller (l.).

Mit diesem ‚Berliner Modell‘ gehen wir in der Klimaschutzpolitik einen neuen und besonders nachhaltigen Weg. Weil diese Standards mit Blick auf die Möglichkeiten des jeweiligen Wohnungsunternehmens und der von ihm bislang schon erreichten Klimaschutzerfolge ermittelt werden, stellen wir sicher, dass Wohnen trotz deutlicher Klimaschutzerfolge auch in Zukunft bezahlbar bleibt“, so Müller. „Berlin hat beim Klimaschutz große Erfolge vorzuweisen. Die Wohnungswirtschaft hat daran einen zentralen Anteil“, betonte BBU-Vorstand **Maren Kern**. „Die Wohnungen unserer Berliner Mitgliedsunternehmen emittieren heute rund 860.000 Tonnen weniger CO<sub>2</sub> als im Klimaschutz-Basisjahr 1990. Das ist eine Reduktion um über 40 Prozent. Damit haben sie die Ziele des Klimaschutz-Protokolls von Kyoto fast viermal übererfüllt. Erreicht wurden diese Erfolge auch auf Grundlage von mittlerweile 15 freiwilligen Klimaschutzabkommen zwischen dem Land Berlin und der Wohnungswirtschaft. Das ist der Beweis: Freiwilligkeit wirkt!“

### Dem Bund fünf Jahre voraus

Die CO<sub>2</sub>-Emissionen der BBU-Wohnungen sind zwischen 1990 und 2010 im Durch-

schnitt von über drei Tonnen auf nun nur noch 1,8 Tonnen gesunken. Nach Zahlen des GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen liegt der durchschnittliche CO<sub>2</sub>-Ausstoß je Wohnung bundesweit bei rund 2,17 Tonnen – rund 400 Kilogramm mehr pro Jahr als die Berliner BBU-Wohnungen. „Dank der Klimaschutzvereinbarungen sind die Berliner Wohnungsunternehmen dem Bund beim Klimaschutz um fünf Jahre voraus“, fasste BBU-Vorstand Kern zusammen.

### Das „Klimaschutz-Ausrufezeichen“

Beim Klimaschutz spielt die weitere Steigerung der Energieeffizienz eine immer größere Rolle. Weitere bauliche Maßnahmen wie Fassadendämmung, die Umstellung von Heizenergie oder neue Fenster sind hingegen bei den BBU-Mitgliedsunternehmen nach Investitionen in die energetische Modernisierung von mehr als sieben Milliarden Euro seit 1990 mittlerweile weitgehend ausgereizt. Deshalb wird energieschonendes Verbraucherverhalten immer wichtiger. Die Energie-Beratung der Mieterinnen und Mieter soll deshalb in Zukunft von den Wohnungsunternehmen auch

Weiter auf Seite 5 ➡

➔ Fortsetzung von Seite 4

weiter ausgebaut werden. Darüber hinaus soll im Interesse der Mieter in Zukunft noch konsequenter auf Wirtschaftlichkeit beim Klimaschutz geachtet werden. Beides wird durch den „Klimaschutz 2.0“ gewährleistet.

Diese komplexen Zusammenhänge greift das „Klimaschutz-Ausrufezeichen“ dar, das von BBU-Vorstand Maren Kern zusammen mit degewo-Vorstandsmitglied

Frank Bielka, GESOBAU-Vorstandsmitglied Christian Wilkens, GEWOBAU-Vorstandsmitglied Markus Terboven, HOWOGE-Geschäftsführerin Stefanie Frensch, STADT UND LAND-Geschäftsführer Ingo Malter und WBM-Geschäftsführer Uwe Schmack an die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt übergeben wurde. Dabei handelt es sich um ein geflügeltes Sparschwein aus Kunstharz mit dem Schriftzug „Klimaschutz 2.0“. Es steht auf einem mit Kunstrasen ummantelten Holzsockel. Im

Sparschwein befinden sich die Klimaschutzzusagen der städtischen Wohnungsunternehmen. Das Sparschwein steht für die Notwendigkeit weiterer CO<sub>2</sub>-Einsparungen bei gleichzeitig höchstem Kostenbewusstsein. Die Flügel symbolisieren den Bezug zu Luft und Klima, aber auch die wachsende Bedeutung der Umwelttechnologien für die Berliner Wirtschaft.

➔ Weitere Informationen finden Sie auf [www.bbu.de](http://www.bbu.de)

## VdW südwest: Erhöhung der Grunderwerbsteuer in Hessen vernichtet Vermögen kleiner Leute

**Frankfurt – Mit scharfer Kritik reagiert der Verband der Südwestdeutschen Wohnungswirtschaft (VdW südwest) auf die geplante Erhöhung der Grunderwerbsteuer in Hessen. Minister Schäfer verspiele nicht nur seine Glaubwürdigkeit, er treffe damit vor allem den Mittelstand, ältere Menschen und strukturschwache ländliche Räume, zum Beispiel in Nordhessen. „Dies ist unsozial und kurzsichtig“, urteilte VdW-Verbandsdirektor Dr. Rudolf Ridinger.**

Noch vor wenigen Monaten habe Hessens Finanzminister Thomas Schäfer im Brustton der Überzeugung erklärt, er habe kein Finanzproblem, eine Erhöhung der Grunderwerbsteuer sei daher nicht zwingend erforderlich. „Der plötzliche Gesinnungswandel ist ein Tiefschlag für alle hessischen Bürger, die in den kommenden Jahren eine Immobilie kaufen oder verkaufen wollen“, sagte Ridinger.

So steige derzeit die Zahl älterer Menschen, die ihr Häuschen auch als Vermögensanlage erworben hätten und nun aus Altersgründen verkaufen wollten. „Für sie ist diese Steuererhöhung eine glatte Vermögensvernichtung, die vor allem ländliche Regionen

in Hessen trifft, wo derzeit besonders viele Häuser zum Verkauf stehen“, gab Ridinger zu bedenken. Eine kürzlich vorgelegte Studie des VdW südwest habe ergeben, dass gerade in einigen ländlichen Regionen Nordhessens Immobilien bis zu 30 Prozent an Wert verloren hätten.

Die Erhöhung der Grunderwerbsteuer ist für diesen Abwärtstrend laut VdW Südwest wie „ein saures Sahnehäubchen auf einem abgestandenen Kaffee“. Betroffen würden im Übrigen auch jene Menschen, die aus beruflichen Gründen umziehen und ihre Eigentumswohnung verkaufen wollten. „Eigentlich müssten jetzt alle Bürgermeister in Hessen auf die Barrikaden gehen, die seit

Monaten vor allem in den Ballungsräumen mehr neue und preisgünstige Wohnungen forderten“, erklärte Ridinger. „Die Erhöhung der Grunderwerbsteuer wird dazu beitragen, dass künftig weniger Wohnungen gebaut werden“, so der Verbandsdirektor.

Auch die Begründung des Ministers für die Steuererhöhung sei äußerst seltsam. Wenn eine Erhöhung der Grunderwerbsteuer dazu führe, dass Hessen weniger in den Länderfinanzausgleich einzahlen müsse, „dann wäre es doch nur konsequent, die Grunderwerbsteuer am besten gleich zu verdreifachen, um möglichst viel Geld im Land zu behalten“, so die ironische Anmerkung von Ridinger.

(rid/burk) ■

## Verbandstag in Radebeul: Wer kann zukünftig noch soziales und sicheres Wohnen in Sachsen garantieren?

**Radebeul – Die beiden sächsischen wohnungspolitischen Spitzenverbände, der Verband Sächsischer Wohnungsgenossenschaften (VSWG) und der Verband der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft (vdw Sachsen) luden am 5. Juli 2012 nach Radebeul ein. Unter dem Slogan „Wandel heißt Herausforderung: Erfolg lebt durch Initiative“ diskutierten Experten über die brennenden Herausforderungen der Branche: die Energiewende und die demografischen Veränderungen.**

Anlässlich ihres gemeinsamen Verbandstages appellierten der Direktor des vdw Sachsen, Siegfried Schneider, und der Vorstand des VSWG, Dr. Axel Viehweger, an die Bundesregierung und an die sächsische Staatsregierung, eine realistische und damit zukunftsfähige Weichenstellung für die weitere Stadtentwicklung zu geben. „Die Wohnungswirtschaft will sich nach wie vor mit ganzer Kraft am Stadtbauprozess beteiligen. Dazu sind aber ver-

lässliche Rahmenbedingungen von Bund und Land unabdingbar“, so Schneider. „Es kann nicht sein, dass der Bund seine energiepolitischen Ziele immer höher steckt, gleichzeitig aber die entsprechenden Fördermittel kürzt“, konkretisierte Viehweger.

Beide Verbände sehen mit Sorge, dass der Begriff „Nachhaltigkeit“ zum inhaltsleeren Modewort verkommt, anstatt es in seiner

ursprünglichen Bedeutung als politischen Gestaltungsauftrag auf Basis von Langfristigkeit und Berechenbarkeit zu begreifen. Gerade die Wohnungswirtschaft sei eine Branche, in der es immer um langfristige Planungen gehe. „Es bedarf hier in besonderer Weise nachhaltiger Entwicklungen“, betonten die Verbandschefs. „Diese setzen den Gleichklang von ökonomischer Vernunft, ökologischem Erfordernis und

Weiter auf Seite 6 ➔

➔ Fortsetzung von Seite 5

sozialer Verantwortung voraus“, erklärte Siegfried Schneider und ergänzte: „Den Akteuren wird aber immer mehr bewusst, dass auch die kulturelle Dimension dazugehört.“

Beide Verbände sind sich einig, dass ein solches ganzheitliches Denken einen hervorragenden Gestaltungsansatz bieten könnte. Doch an dieser Stelle müsse in Bund und Land noch viel Überzeugungsarbeit geleistet werden. Wenn ein im Auftrag der Bundesregierung erstelltes Gutachten zu dem Ergebnis kommt, dass 700 Millionen Euro Bundesmittel pro Jahr für die Städtebauförderung notwendig seien – und zwar ohne die inzwischen neu diskutierten Aufgaben –, der Bund aber das Bereitstellen von lediglich 455 Millionen Euro bereits als Erfolg feiere, dann lasse sich daran erkennen, wie weit die Verantwortlichen von einer wirklich zukunftsorientierten und nachhaltig wirkenden Politikplanung entfernt seien.

Hinzu komme, so die beiden Verbandschefs weiter, dass in der Frage der Kompensationsmittel des Bundes für die soziale Wohnraumförderung der Länder immer noch keine Klarheit darüber bestehe, wie es in den Jahren 2014 bis 2019 weitergehe. „Es liegt nun einmal in der Natur der Wohnungswirtschaft, dass größere Planungszeiträume notwendig sind“, so Dr. Axel Viehweger. „Durch seine zögerliche Haltung setzt der Bund die weitere kontinuierliche Stadtentwicklung aufs Spiel und konterkariert damit auch die bisherigen Erfolge des Stadtumbau Ost.“

Die Situation der organisierten Wohnungswirtschaft werde ebenfalls durch die langwierige Taktiererei des Bundes in Hinblick auf eine Anschlussregelung zur Altschuldenhilfe für die ostdeutschen Wohnungsunternehmen noch bedrohlicher. Die Verbände fordern daher nachdrücklich, dass Unternehmen, die Maßnahmen des Rückbaus sowie der Aufwertung freiwillig angehen, durch Investitionsförderungen finanziell entlastet und zudem etwaige wirtschaftliche Nachteile ausgeglichen werden müssen. „Wie können wir zukünftig der Motor für den weiteren Stadtumbauprozess sein, wenn man uns die notwendigen Mittel dafür vorenthält?“, warnte Viehweger. Angesichts des deutlichen Bevölkerungsrückgangs in Sachsen und der weiter voranschreitenden demografischen

Entwicklung der Bevölkerung könne diese Haltung der Politik fatale Folgen haben.

Sorge herrscht auch beim Blick auf die Entwicklung der Kosten der Unterkunft für bedürftige Menschen. „Wir hatten bisher eine auskömmliche Regelung in Sachsen. Sie darf nicht aufs Spiel gesetzt werden. Deshalb appellieren wir an die Sozialministerin und an den Innenminister, hier eine Lösung zu finden, welche die Bedürfnisse möglichst aller Beteiligten und vor allem die einkommensschwachen Bevölkerungsschichten einschließt“, fasste Siegfried Schneider zusammen. So verwehren sich die Verbände auch gegen die Pläne der Regierung, Unterkunftspauschalen zuzulassen, da diese mit größter Wahrscheinlichkeit von den Landkreisen nach deren Finanzlage viel zu knapp bemessen würden und damit die Ghattobildung gefördert werde. Denn Hartz IV-Empfänger würden so in unsanierte Wohnungen mit hohen Nebenkosten gedrängt. Vielmehr müssten als Resultat der steigenden Anforderungen an die Energieeffizienz von Wohngebäuden die nach der energetischen Sanierung höheren Nettokaltmieten bei der Bemessung der Unterkunftskosten berücksichtigt werden.

Damit die Wohnungswirtschaft den ihr zugeordneten Anteil bei der Erreichung der ehrgeizigen Klimaschutzziele des Bundes erbringen kann, bedarf es auch mietrechtlicher Anpassungen. So fordern beide Verbände im Zuge energetischer Modernisierungen den Ausschluss der Mietminderung für drei Monate, die Herabsetzung der Anforderungen an die Modernisierungsankündigung sowie die Duldung der Baumaßnahme durch den Mieter, unabhängig von der zu erwartenden Mieterhöhung.

Auch der Übergang zum Wärme-Contracting müsse in der bisherigen Form erhalten bleiben. Das geplante Mietrechtsänderungsgesetz würde hier eine deutliche Komplizierung bedeuten und damit die Erfüllung der Klimaschutzziele gefährden. „Schon der hohe finanzielle und organisatorische Aufwand bei der Legionellenprüfung belastet unsere Unternehmen sehr. Weitere Verkomplizierungen laufen dem eigentlichen Ziel der Bundesregierung, Prozesse zu vereinfachen und Bürokratie abzubauen, zuwider“, erläuterte VSWG-Vorstand Dr. Axel Viehweger.

„Wie sollen unsere Mitgliedsunternehmen angesichts dieser komplexen Herausforderungen in einem von Kürzungen und unklaren politischen Rahmenbedingungen dominierten Umfeld ihre wichtigen gesamtgesellschaftlichen Aufgaben wahrnehmen?“, appellierte Siegfried Schneider im Namen beider Verbandschefs an Bund sowie Land und prognostizierte auch zukünftig zahlreiche weitere Diskussionen zugunsten der von vdw Sachsen und VSWG vertretenen Wohnungsunternehmen, die sich täglich im Spannungsfeld von sozialer und ökologischer Verantwortung sowie ökonomischer Vertretbarkeit befänden.

Die Erfolgsgeschichte, die die Wohnungsunternehmen in den vergangenen Jahrzehnten in Sachsen schrieben, unterstreicht einmal mehr ihre Bedeutung für große Teile der Gesellschaft. Beide Verbände werden auch in Zukunft alles daran setzen, für verlässliche und tatsächlich umsetzbare Rahmenbedingungen zu kämpfen, damit diese Leistungen fortgesetzt werden können – zugunsten aller Menschen im Freistaat Sachsen.

(jak/schi) ■



Foto: Kirsten Lässig

Ein Blick ins Publikum des gemeinsamen Verbandstages von VSWG und vdw Sachsen in Radebeul.



**Streit um die Mietminderung**

13. August 2012, Berlin

Es kommt häufig vor, dass der Mieter die Miete mindert. Für den Sachbearbeiter stellt sich dann die Frage: Ist die Reaktion des Mieters angemessen? Ebenso trägt die Rechtsprechung zur Verunsicherung bei. In diesem Seminar werden Grundlagen und Voraussetzungen für Mietminderungen ausführlich anhand von praktischen Beispielen aus der Rechtsprechung dargestellt und erläutert.

Weitere Infos: BBA, Nico Krüger, Telefon: 030/23085521, Internet: [www.bba-campus.de/kalender](http://www.bba-campus.de/kalender)

**Einhaltung der Hausordnung**

5. September 2012, Dresden

Streitigkeiten der Mieter untereinander, zweifelhafte Gerüche im Treppenhaus und Lärm-belästigungen – in manchen Mietshäusern ist das Realität. Nehmen diese Probleme Überhand, ist Leerstand zu beklagen oder der Vermieter muss mit Mietminderungen rechnen und wird aufgefordert, sofort die Einhaltung der Hausordnung durchzusetzen. Für den Vermieter stellt sich die Frage: Was tun? In diesem Seminar erhalten die Teilnehmer Lösungsansätze, wie sie mit diesen Problemen umgehen können.

Weitere Infos: VSWG, Cindy Habrom, Telefon: 0351/8070122, E-Mail: [habrom@vswg.de](mailto:habrom@vswg.de), Internet: [www.vswg.de/seminare](http://www.vswg.de/seminare)

**Haftungsfallen für den WEG-Verwalter**

11. September 2012, Stuttgart

Der Verwalter einer Wohnungseigentümergeinschaft (WEG) bewegt sich bei der Durchführung seiner Tätigkeit in einem engen Haftungsrahmen. Pflichten gegenüber der WEG sowie den Wohnungseigentümern selbst ergeben sich aus dem Gesetz, der Gemeinschaftsordnung, aus Beschlüssen und Vereinbarungen. Daneben kann der Verwalter in Einzelfällen mit den Kosten eines Rechtsstreits belegt werden, ohne selbst Partei zu sein. Dieses Seminar soll den Verwalter für haftungssträchtige Themen sensibilisieren und praktische Hinweise zur Vermeidung der Haftung geben.

Weitere Infos: AWI GmbH, Martin Bauer, Telefon: 0711/16345602, E-Mail: [bauer@awi-vbw.de](mailto:bauer@awi-vbw.de), Internet: [www.awi-vbw.de](http://www.awi-vbw.de)

**Portfoliomanagement**

19. September 2012, Düsseldorf

Wie integriert man energetische Fragestellungen in die Portfolioanalyse? Für welche Wohnkonzepte, das heißt Nachfragergruppen, sind die im Portfolio befindlichen Objekte überhaupt attraktiv? Die Einbindung von zielgruppenspezifischen und energetischen Überlegungen in das Portfoliomanagement wird für Wohnungsunternehmen zukünftig drastisch an Bedeutung zunehmen. Im Rahmen dieses Führungsforums werden den Teilnehmern Modelle für die Beantwortung dieser Fragestellungen präsentiert. Gleichzeitig stellt ein Wohnungsunternehmen vor, wie es diese Modelle sowohl in die strategische Planung als auch in die täglichen Ablaufprozesse integriert hat.

Weitere Infos: EBZ, Christian Kesselring, Telefon: 0234/9447608, E-Mail: [c.kesselring@e-b-z.de](mailto:c.kesselring@e-b-z.de), Internet: [www.e-b-z.de/ebz-akademie](http://www.e-b-z.de/ebz-akademie)

Anzeige

**DR. KLEIN**  
DIE PARTNER FÜR IHRE FINANZEN

Konditionen am 10.07.2012 für wohnungswirtschaftliche Finanzierungen:

Zinsbindung	Sollzins	effektiv
5 Jahre	1,77%	1,78%
10 Jahre	2,47%	2,50%
15 Jahre	2,90%	2,94%

Bedingungen: Erststellige Grundschuld auf wohnungswirtschaftlichen Objekten  
Beleihungsauslauf 60%  
Darlehensbetrag: > 250 TEUR/Objekt  
Auszahlung: 100%, Tilgung: 1% p. a.  
3 Monate bereitstellungszinsfrei  
keine Gutachterkosten oder Bearbeitungsgebühren

Zurückliegende Veröffentlichungen zur Zinsentwicklung finden Sie unter [www.drklein.de/newsletterarchiv-firmenkunden.html](http://www.drklein.de/newsletterarchiv-firmenkunden.html)

Quelle: Dr. Klein & Co. AG, Hansestraße 14, 23558 Lübeck, Tel. (0451) 1408-1200, [www.drklein.de](http://www.drklein.de)

**Zinsentwicklung bis 10.07.2012**  
Bestkundenkonditionen (Sollzins) der Partner von Dr. Klein

6 Monate

15 Jahre

10 Jahre

5 Jahre

Dezember 11    Februar 12    April 12    Mai 12    Juli 12

**IMPRESSUM****WI Wohnungspolitische Informationen**

Herausgeber:  
GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e. V.

Chefredakteurin:  
Katharina Burkardt

Redaktion:  
Klaus Schrader, Andreas Schichel

Anschrift der Redaktion:  
Mecklenburgische Straße 57  
14197 Berlin  
Tel. 030 82403-151  
Fax 030 82403-159  
E-Mail: [redaktion@wi-aktuell.de](mailto:redaktion@wi-aktuell.de)

Verlag:  
Haufe-Lexware GmbH & Co. KG  
Munzinger Straße 9  
79111 Freiburg

Standort Hamburg  
Tangstedter Landstraße 83  
22415 Hamburg  
Tel. 040 520103-0  
Fax 040 520103-12

Aboverwaltung:  
Tel. 0180 5050169\*  
Fax 0180 5050441\*  
E-Mail: [Zeitschriften@haufe.de](mailto:Zeitschriften@haufe.de)  
\*0,14 €/Min. aus dem deutschen Festnetz,  
max. 0,42 €/Min. mobil. Ein Service von dtms.

Druck: Dobler-Druck, Alfeld

Bezugspreis jährlich:  
107 Euro inkl. 7 % MwSt. inkl. Versand  
Erscheinungsweise wöchentlich, Abonnements-  
kündigungen sind schriftlich mit einer Frist von  
6 Wochen zum Quartalsende möglich.

© by Haufe-Lexware GmbH & Co. KG  
Nur Originalbeiträge. Für unverlangt einge-  
sandte Manuskripte übernehmen wir keine  
Haftung. Nachdruck oder elektronische Wei-  
terverarbeitung von Beiträgen und Nachrichten  
oder Teilen daraus nur nach schriftlicher  
Genehmigung durch den Verlag gestattet.

ISSN 1610-2207

## WI Online-Archiv

Die Web-Präsenz der wi ist umgezogen.  
Sie finden sie unter [www.haufe.de/immobilien](http://www.haufe.de/immobilien) in der Fußzeile „Zeitschriften“.

Um das komplette Online-Archiv einsehen zu können, melden Sie sich unter „ZUM LOGIN“ (oben rechts) an. Gegebenenfalls müssen Sie hier ein neues Passwort einrichten.

Abonnenten können die wi-Ausgaben als Blätter-PDFs einsehen und anhand von Suchbegriffen recherchieren.

Bei Problemen mit der Anmeldung hilft das Haufe-Service-Center unter **0800-7234249** (kostenlos) gern weiter.

## Sommertour 2012 des GdW-Präsidenten: Wie wohnt Deutschland?

Hannover und Bremen waren die ersten Stationen des Reiseplans von GdW-Präsident Axel Gedaschko bei seiner diesjährigen Sommertour zu den Unternehmen und Verbänden der Wohnungswirtschaft in den deutschen Regionen. Vor Ort in den Stadtquartieren konnte sich der Verbandschef ein konkretes Bild von der Wohn- und Lebenssituation der rund 13 Millionen Menschen machen, denen die im GdW und seinen Regionalverbänden organisier-

ten Wohnungsunternehmen mehr als nur ein Dach über dem Kopf bieten. Über Stade, Radebeul und Querfurt ging es anschließend weiter durch die Republik. Hier einige Eindrücke von seinen bisherigen Stationen.



Foto: Bernd Kusber

*Wohnungswirtschaft trifft Politik: GdW-Präsident Axel Gedaschko (2. v. l.), Bernd Meyer, Verbandsdirektor des VdW Niedersachsen (r.) und Manfred Eisinger, Sprecher der Arbeitsgemeinschaft der Wohnungswirtschaft Bremen-Bremerhaven, zu Gast beim Bürgermeister der Freien Hansestadt Bremen, Jens Böhrnsen (2. v. r.).*



*Wohnungswirtschaft mal von oben betrachtet – vdw-Verbandsdirektor Bernd Meyer (l.) und GdW-Chef Axel Gedaschko (r.) auf dem Aalto-Hochhaus im Bremer Stadtteil Neue Vahr.*

Fotos: Carsten Ens



*GdW-Präsident Axel Gedaschko, die Stader Bürgermeisterin Silvia Nieber, der Stader Landrat Michael Roesberg, Wohnstätten-Chef Frank Wilshusen, und vdw-Verbandsdirektor Bernd Meyer (v. l.) beim Besuch der Wohnungsgenossenschaft Wohnstätte Stade.*

## Recht so

### KOMMENTAR

#### Jost Riecke

Verbandsdirektor des VdW Sachsen-Anhalt & Vorsitzender des GdW-Fachausschusses Rechtsfragen und Verträge



Foto: VdW Sachsen-Anhalt

### Mietrechtsänderungsgesetz: Stellungnahme des Bundesrates

Am 6. Juli 2012 hat der Bundesrat zum Mietrechtsänderungsgesetz Stellung genommen (Bundesrat-Drucksache 313/12(B)). In seiner Stellungnahme greift der Bundesrat zwei Vorschriften auf, die auch für den GdW und seine Regionalverbände zentraler Diskussionspunkt sind: zum einen der Ausschluss der Mietminderung bei einer energetischen Modernisierung für die Dauer von drei Monaten, zum anderen die geplante Vorschrift zum Contracting. Den geplanten Ausschluss der Mietminderung kritisiert der Bundesrat als systemwidrig und lehnt die Vorschrift auch aus diesem Grunde ab. Im Rahmen der Diskussion über das Mietrechtsänderungsgesetz bleibt jedoch zu häufig unberücksichtigt, dass dieses Gesetz vor allem der Umsetzung der klimapolitischen Ziele von Europäischer Union und Bund dient. Diese gesamtgesellschaftliche Aufgabe muss von allen Seiten gleichermaßen „geschultert“ werden. Insofern stellt diese Vorschrift allenfalls einen Kompromiss dar, der allein aufgrund seiner Streit anfälligkeit nachzubessern wäre. Richtig ist allerdings die Kritik des Bundesrates an der Vorschrift zum sogenannten Contracting. Die im Entwurf geforderte Kostenneutralität wird sich in der Praxis nicht darstellen lassen und zu einem Rückgang des Contracting führen. Möglichkeiten der Energieeinsparung werden damit weniger genutzt. Hier muss das gesetzgeberische Ziel – der Klimaschutz – mit dem Wortlaut des Gesetzes in Einklang gebracht werden. Im Rahmen seiner Stellungnahme hat der GdW einen praxisgerechten Vorschlag gemacht, der allen Beteiligten dient.

➡ Die Stellungnahme des GdW finden Sie unter [www.gdw.de](http://www.gdw.de)

### ZAHL DER WOCHE

# 5,8

**Prozent** betrug die Preissteigerung für Haushaltsenergie zwischen Mai 2011 und Mai 2012, wie das Statistische Bundesamt im Rahmen des Verbraucherpreisindex ermittelte. Damit wurde die Inflationsrate erneut deutlich durch die Preisentwicklung bei Energie bestimmt (darunter Umlagen für Zentralheizung und Fernwärme: + 10 Prozent; leichtes Heizöl: + 9,1 Prozent; Gas: + 6,5 Prozent). Die Nettokaltmieten stiegen dagegen im gleichen Zeitraum nur um 1,1 Prozent.

Insgesamt lag der Index der Verbraucherpreise in Deutschland im Mai 2012 um 1,9 Prozent höher als im Mai 2011. Damit blieb die Inflationsrate – gemessen am Verbraucherpreisindex – im Mai 2012 erstmals in diesem Jahr unter zwei Prozent. Ein niedrigerer Wert wurde zuletzt im Dezember 2010 mit + 1,7 Prozent ermittelt. Im Vergleich zum Vormonat April 2012 gingen die Verbraucherpreise im Mai 2012 um 0,2 Prozent zurück. Ohne Berücksichtigung der Preisentwicklung bei Energie hätte die Inflationsrate im Mai 2012 bei + 1,5 Prozent gelegen.